



14. Juli 2021

Schriftliche Anfrage

von Martin Götzl (SVP)
und Reto Brüesch (SVP)

Die Stadtzürcher Immobilienpreise steigen und haben sich die letzten zehn Jahre verdoppelt. Das zeigt auch der Zürcher Index der Wohnbaupreise. Das Bevölkerungswachstum der Stadt Zürich ist enorm und für das Jahr 2030 werden über 500'000 Einwohner/-innen prognostiziert. Währenddessen werden zahlreiche gemeinnützige, subventionierte Wohnungsprojekte vorangetrieben, um das Drittelsziel anzupeilen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welcher weiteren Preisentwicklung der Immobilien bis 2030 rechnet der Stadtrat?
2. Trifft der Stadtrat Vorkehrungen und/oder Massnahmen, um diese Kostenspirale dämpfen zu können?
3. Wie schätzt der Stadtrat den Effekt der anvisierten 33 Prozent gemeinnütziger Wohnungen in der Stadt Zürich in Anbetracht dessen ein, dass den privaten Eigentümern ca. 75 Prozent der Wohnungen gehören? Welche Auswirkungen haben diese auf die steigenden Immobilienpreise und auf private Wohnbauprojekt? Sind diese realisierbar? Wie ist die Einschätzung des Stadtrats, dass die Stadt Zürich für das Drittelsziel Bauflächen benötigt, welche dadurch dem Privatmarkt entzogen werden müssten? Werden durch den zusätzlichen Druck auf den Markt die Preise weiter ansteigen und sich somit auch die Kostenmiete weiter von preisgünstigem Wohnbau entfernen?
4. Seit Jahren realisiert die Stadt Zürich Wohnbauten mit gemeinnützigen Wohnungen. Welche Auswirkungen haben diese Eingriffe auf private Wohnbauprojekt? Sind diese realisierbar? Wir bitten den Stadtrat um eine tabellarische Aufstellung der realisierten Bauge-suche mit Bauprojekten nicht-öffentlicher Institutionen (private Investoren) mit mehr als zehn Wohnungen für die letzten zehn Jahre.
5. Welche städtischen Areale sind aktuell im Besitz der Stadt Zürich, welche sich für neue Wohnraum-Bereitstellung mit mehr als zehn Wohnungen eignen? Welche Areale sind bereits in einer Planung, um zusätzlichen Wohnraum bereitstellen zu können?
6. In den städtischen gemeinnützigen und subventionierten Wohnungen leben nebst zahlreichen Gutverdienern auch unzählige Personen, welche die Wohnung teilweise in Untermiete bewohnen. Wie viele Personen sind dies? Weshalb gewährt der Stadtrat den Gutverdienern eine fünfjährige Übergangsfrist? Welche Vorkehrungen hat der Stadtrat getroffen, dass dies künftig nicht geschieht?
7. Auch Amtspersonen sind offensichtlich im Privileg, eine gemeinnützige, städtische oder subventionierte Wohnung belegen zu können, insbesondere Gemeinderäte/-innen der linken Parteien. Per Herbst 2017 belegten zum Beispiel rund 30 Prozent der SP-Gemeinderäte/-innen nachweislich eine städtische Wohnung. Den Bürgern/-innen mit niedrigem Einkommen und ohne städtische Wohnung drängt sich die Frage auf, ob diese Gemeinderäte/-innen in städtischen Wohnungen alles Niedrigverdiener oder allenfalls

Nutzniesser ihrer eingeschlagenen Politik sind. Wie schätzt der Stadtrat die Tatsache ein, das rund 30 Prozent der Gemeinderäte/-innen von linken Parteien eine städtische oder subventionierte Wohnung belegen? Wie viele städtische Mitarbeitende sind in den letzten Jahren in den Genuss einer städtischen Wohnung gekommen und wer ist die Bewilligungsinstanz bei internen Vergaben?

8. Bezugsnehmend auf Frage fünf: Nebst dem Wohnungsraum gibt es auch weitere baupolitische Projekte, die dringend zu realisieren sind. So beispielsweise Schulraum und Räume oder Plätze für die Freizeit- und Sportaktivitäten. Wir bitten den Stadtrat um Kommunikation eines Gesamtkonzepts, wie und wo in den nächsten Jahren welche Flächen bereitgestellt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Hoff'.A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. D.'.